

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 84 Berlin und Bonn

6. April 2023



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Wer kennt noch den BVS?

(BS) Der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) war eine Behörde im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums, die den Auftrag hatte, interessierte Kreise der Bevölkerung im Selbstschutz zu unterrichten. Die Schwerpunkte waren u. a. Brandschutz, Erste-Hilfe oder ABC-Schutz. Der BVS wurde dann, wie vieles andere auch, Anfang der 90er-Jahre ersatzlos aufgelöst.

Braucht man sowas wie den BVS wieder? Der Verband hatte viele Dienststellen und konnte nicht nur von der Zentrale aus Unterlagen verteilen, wie es das BBK tut. Vielleicht können die Aufgaben des BVS genauso gut von den Feuerwehren, den Rotkreuz-Einheiten oder vom THW durchgeführt werden. Sie müssten dafür Unterlagen und vor allem Kräfte haben, die Kapazitäten haben, solche Schulungen für die Bevölkerung durchzuführen.

Ich begrüße es sehr, wenn auf der Tagung der vfdb in Münster das Thema „Selbstschutz der Bevölkerung“ vertieft wird. Denn hier gibt es riesige Lücken. Es geht los bei der Unkenntnis, dass man vielleicht in einem Hochwassergebiet lebt, oder dem Nichtwissen, welche Vorräte man zuhause haben sollte. Wir können auf die Ergebnisse gespannt sein.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

Viel vor in Berlin

(BS) Noch ist die neue schwarz-rote Regierung in Berlin nicht im Amt. Der ausgehandelte Koalitionsvertrag gibt aber schon mal einen Einblick darauf, was in der Bundeshauptstadt in Sachen Feuerwehr und Katastrophenschutz passieren soll.

Sehr prominent an erster Stelle des Vertrages steht zum Themenbereich „Inneres, Sicherheit und Ordnung“, dass die Koalition in der Legislaturperiode beabsichtige, „bis zu 1.000 weitere Kräfte bei Polizei und Feuerwehr sowie im Landesamt für Einwanderung und im Landeseinbürgerungszentrum beschäftigen“ zu wollen. Wie die konkrete Aufteilung unter diesen Behörden aussehen soll, verrät der Vertrag noch nicht.

Konkreter werden die Koalitionäre in Sachen Versprechen für die Ausstattung: „Für die Feuerwehr beschaffen wir weitere Drohnen, insbesondere Opferdrohnen. Wir schaffen einen Löschroboter an. Die Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr werden mit Kameras ausgestattet, um Angriffe auf ihre Beschäftigten besser dokumentieren zu können.“ Der Vertrag verspricht zudem eine flächendeckende Ausstattung mit Bodycams. Ebenso wolle man ein Sonderinvestitions- und Sanierungsprogramm zur Modernisierung und dem Ausbau von Feuerwehrewachen auflegen. Insbesondere der Bau und die Sanierung der Feuerwachen der Freiwilligen Feuerwehren Müggelheim, Wilhelmshagen und Mahlsdorf soll ausfinanziert werden. Außerdem wolle man die kooperative Leitstelle der Polizei und Feuerwehr Berlin fertigstellen.

In einem weiteren Punkt möchte die Koalition die Arbeit des Landesfeuerwehrverbands fördern sowie das Ehrenamt durch eine höhere Aufwandsentschädigung und durch die Einführung eines sogenannten Feuerwehrführerscheins auch für die Hilfs-



Laut Koalitionsvertrag hat die Berliner Regierung in den kommenden Jahren bei der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr viel vor.

Foto: BS/ Martin Jäger, pixello.de

organisationen stärken. Etwas merkwürdig mutet die Ankündigung an, dass man die Errichtung eines Landesamtes für Katastrophenschutz prüfe. Schließlich wurde erst im Dezember 2022 von der Innensenatsverwaltung verkündet, dass ein solches aufgebaut würde ([wir berichteten](#)). Ob damit diese Beschlüsse aus dem vergangenen Jahr zurückgenommen werden, ist unklar.

Auch das Thema, welches insbesondere die Hauptstadtfeuerwehr seit Monaten bewegt, soll angegangen werden: der Rettungsdienst. So heißt es: „Ziel der Koalition ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt rund um die Uhr eine schnellstmögliche und bedarfsgerechte medizinische Versorgung erhalten und sich die Situation in den Rettungsstellen für Patientinnen und Patienten sowie für das Personal verbessert. [...] Dabei ist es essenziell, dass Patientenströme bereits beim Transport nach einem Notruf besser kanalisiert werden und nur Patientinnen und Patienten, die tatsächlich eine Notversorgung brauchen, in die Rettungsstellen kommen.“ Man wolle sich deshalb auch gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) für den Ausbau von Notdienstpraxen einsetzen.

Kein Geld für Reserve Gesundheitsschutz

(BS) Es sollte eine Lehre aus der Corona-Pandemie sein. Noch unter Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wurde die Schaffung einer nationalen Reserve für den Gesundheitsschutz angekündigt. Nun, drei Jahre nach Ankündigung, scheint das Projekt ins Stocken geraten zu sein. Dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) fehle für die weitere Konzeptionierung und Beschaffung schlicht das Geld.

Nach Medienberichten äußerte sich ein Ministeriumssprecher mit den Worten: „Für die Phasen zwei und drei wurden bislang keine Haushaltsmittel für die weitere Konzeptionierung sowie mögliche Beschaffungen zugewiesen.“ Die erste Phase sah die Beschaffung von Schutzausrüstung und anderen medizinischen Produkten vor. In den beiden kommenden Phasen sollte eine Reserve für die inländische Produktion von z. B. Masken geschaffen werden. Mit der schlussendlich dritten Phase war die Inbetriebnahme vorgesehen. Noch im Jahr 2021 hatte das BMG unter Spahn ungefähr 750 Millionen Euro in die erste Phase investiert.

Kein Geld vom BMF

Dem BMG fehle jetzt aber das Geld, obwohl es Haushaltsmittel dafür beim Bundesfinanzministerium (BMF) angemeldet hatte. Für 2022 und 2023 seien 250 Millionen Euro und für die Folgejahre ab 2024 je 50 Millionen Euro gefordert worden. Eine Freigabe sei jedoch vom BMF im vergangenen Jahr abgelehnt worden. Aus dem BMF



Waren am Anfang der Pandemie Mangelware: Masken und Desinfektionsmittel.

Foto: BS/Klaus Hausmann, pixabay.com

heißt es, dass es jedem Ressort in Zuge der Haushaltsaufstellung freistehe, entsprechende Prioritäten zu setzen.

Mit der nationalen Reserve wollte die Bundesregierung nicht nur die Versorgung des Gesundheitssystems mit Schutzausrüstung und medizinischen Verbrauchsgütern sicherstellen, sondern auch bei Bedarf vulnerable Gruppen in der Bevölkerung, Verwaltung und Wirtschaft sowie in den Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) versorgen. So lautete zumindest die erklärte Absicht der Bundesregierung noch im Jahr 2020 ([Drucksache 19/19845](#)).

Während der Corona-Pandemie – vor allem in der Anfangszeit – kam es bei vielen Bedarfsträgern zu Lieferengpässen, was z. B. Masken anging, oder es mussten exorbitant hohe Preise für Schutzausrüstung gezahlt werden. Dies sollte eigentlich mit der Nationalen Reserve Gesundheitsschutz in der nächsten Pandemie verhindert werden.

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit"](#)

[3. April:](#)

- Neue Zuständigkeit beim Waffenrecht

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" 3. April:](#)

- Deutsche, die für Russland kämpfen
- Das Zielbild für die Marine ab 2035

[Newsletter "Digitaler Staat und Cyber Security" 5. April:](#)

- Geodäsie goes global
- MVP der Deutschen Verwaltungscld

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Hör mal, wer da hamstert

PODCASTS

[Podcast "Public Sector Insider"](#)

[4. April:](#)

- Klimaziele und Kommunen

[Podcast "Public Sector Insider Stichwort" vom 29. März:](#)

- Tabea Rößner im Interview zur Verwaltungsdigitalisierung

DAS E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.
Deine Plattform für den
Öffentlichen Dienst von morgen.
www.f4p.online



Feuerwehrroboter als humanitäre Hilfe

(BS) Anfang März war der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV) auf Einladung des Staatlichen Dienstes der Ukraine für Notfallsituationen (DSNS) in Kiew. Dort sprach er mit dem Leiter des Dienstes und Chef der Feuerwehr, General Serhiy Kruk, sowie regionalen Einsatzführern. Im Interview erklärt er, in welche Gefahren sich die Einsatzkräfte begeben und was effektive humanitäre Hilfe sein könnte. Die Fragen stellte Bennet Biskup-Klawon.

Behörden Spiegel: Sie waren Anfang März auf Einladung des DSNS in Kiew. Wie kam diese Einladung zustande?

Karl-Heinz Banse: Die Einladung war schon etwas älter. Aufgrund unserer Feuerwehrspendenaktion hatten wir den Chef des DSNS, General Serhiy Kruk, zur Inter-schutz eingeladen. Da er damals aber nicht ausreisen durfte, kam sein Stellvertreter nach Hannover und sprach eine Einladung nach Kiew aus. Das war aber zu einem Zeitpunkt, wo die Lage noch zu unübersichtlich war. Es schien zu gefährlich und nicht opport-un, dass ich zu diesem Zeitpunkt hinfahre. Zwischenzeitlich hat sich die Lage jedenfalls bis zu dem Zeitpunkt, wo wir dort waren, etwas entspannt.

In Rücksprache mit dem Auswärtigem Amt und einigen Auflagen, wie dem Tragen von Sicherheitswesten oder Helmen, bin ich als Person für den Deutschen Feuerwehrverband (DFV) zusammen mit Jan Südmersen,



Karl-Heinz Banse ist seit 2021 Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV).

Foto: BS/Rico Thumser, DFV

dem Vorsitzenden von @fire, und Oliver Rasche, dem Geschäftsführer von Alpha Robotics, der Einladung gefolgt. Mit dabei war Redakteur Matthias Niehues als Fotograf.

Behörden Spiegel: Wie sind Sie in die Ukraine gelangt?

Banse: Wir sind mit einem Feuerwehr-Pickup in das Verteilzentrum nach Polen gefahren, über das die Hilfskonvois gesteuert werden. In diesem Zentrum werden die gespendeten Materialien erstmal katalogisiert und danach in Rücksprache mit Kiew im Land verteilt. Es war mir wichtig zu sehen und mich davon zu überzeugen, was mit den

Spenden passiert. Am nächsten Tag wurden wir dann vom DSNS an der Grenze erwartet und unter Blaulicht und Martinhorn von der ukrainischen Grenze bis nach Kiew geleitet. Es fuhren immer Einsatzfahrzeuge vorweg und wir folgten mit der Maßgabe, möglichst nicht zu stoppen. Gestoppt haben wir nur, um zu tanken. Ansonsten sind wir immer unter Einsatzbedingungen gefahren – also über Kreuzungen und rote Ampeln. Es gab keine Schranke an Bahnübergängen, die runterging. Das wurde offensichtlich gesteuert. Man hat uns den bestmöglichen Schutz geboten, damit die Fahrzeuge nicht stehen bleiben. Denn fahrende Fahrzeuge sind aus der Luft schwerer zu treffen. Insofern war das die sicherste Möglichkeit dorthin zu kommen

Behörden Spiegel: Was waren Ihre Eindrücke in Kiew?

Banse: Während der Fahrt haben wir schon mitbekommen, dass es mehrere Luftalarme für das ganze Land gab. Ab 20 Kilometer vor Kiew hat man in den ersten Ortschaften gesehen, wo Raketen oder Drohnen eingeschlagen waren und wo gekämpft wurde. In Kiew selbst hielt sich das Ganze glücklicherweise aufgrund der dortigen starken Luftverteidigung in Grenzen. Nichtsdestotrotz konnte man die Spuren von Angriffen sehen.

Fortsetzung auf Seite 4



Zukunft – Stadt und Region

Die neue Veranstaltungsplattform
des Behörden Spiegel

Innovationsraum Innenstadt Konzepte für Nutzung und Neugestaltung

19.4.2023, 14.00 – 15.30 Uhr

 Mehr unter: www.neuestadt.org



Fortsetzung von Seite 3

Es war ein sehr beklemmendes Gefühl. Es hat bei mir auch einen bleibenden Eindruck hinterlassen, wenn man nachts in seinem Hotel wegen eines Luftalarms die Schutzräume aufsuchen musste oder wie die Zivilbevölkerung tagsüber in die U-Bahn-Schächte gelaufen ist, wenn Alarm ausgelöst wurde. Wir waren auch in Butscha. Dem Vorort, der traurige Berühmtheit erlangt hatte. Dort wurden Häuser beschossen, die keinerlei Verwaltung beherbergten oder militärischen Nutzen hatten. Besonders betroffen gemacht hat mich aber eine metallene Kinderrutsche, die von einer Maschinengewehrsalve einmal durchsiebt worden war. Trotz dieser Schäden leben dort aber wieder Menschen. Viele von ihnen sind natürlich bedrückt. Dort lacht keiner mehr.

Behörden Spiegel: Wie ist die Lage der Einsatzkräfte?

Banse: Wir hatten eine Lagebesprechung mit General Kruk und seinem Stab. Diese sind sehr dankbar über die Hilfe aus dem Ausland und insbesondere aus Deutsch-

land. Wir haben wir in Rücksprache mit dem DSNS durchgeführt. U. a. haben wir für das Geld eine Drehleiter, Persönliche Schutzausrüstung oder Atemschutzgeräte gekauft. Aber es kam auch viel über die verschiedenen Landesfeuerwehrverbände. Der Landesfeuerverband Brandenburg, der einen Großteil der Spenden koordiniert, hat vor Kurzem den zehnten Konvoi mit der bislang größten Menge an Material und Ausrüstung losgeschickt. Es starten aber auch Konvois aus Bayern und Rheinland-Pfalz, die nicht über Brandenburg koordiniert wurden, direkt nach Polen. Fakt ist: Einen kompletten Überblick haben wir nicht. Deshalb habe ich das DSNS gebeten, über die zentrale Stelle in Polen eine Auflistung über die erhaltenen Materialien zu machen.

Behörden Spiegel: Hat sich der Bedarf an feuerwehrtechnischem Material wie bei militärischen Gütern im Verlauf des Krieges verändert?

Banse: Ja, am Anfang standen vor allem Persönliche Schutzausrüstungen und Hubrettungsfahrzeuge im Vordergrund. Diese Fahrzeuge brauchen die ukrainischen Kräfte

Hilfe. Vielleicht ist das sogar einfacher als die Bereitstellung von Leopard 2-Panzern. Nichtsdestotrotz besteht an anderem Material, wie Atemschutzmasken oder Stiefeln, wahnsinniger Bedarf. Ich habe aber auch gesagt, dass wir in Deutschland bei den Feuerwehren an unsere Grenzen stoßen werden. Das haben die ukrainischen Kräfte auch verstanden.

Behörden Spiegel: Sie kündigten weitere Hilfen an. Sie wollen mit Ihren Kollegen aus Polen und Österreich die Ukraine unterstützen, ein System der Freiwilligen Feuerwehr aufzubauen. Was heißt das konkret?

Banse: Es wird demnächst in Deutschland ein Treffen des österreichischen und polnischen Verbandspräsidenten und mir geben. Die ukrainische Feuerwehr ist sehr daran interessiert, ein freiwilliges Feuerwehrwesen aufzubauen. Dort gibt es schon einige Freiwillige Feuerwehren, aber das steckt noch in den Kinderschuhen. Und wenn zwei Länder dies unterstützen können, dann sind das Deutschland und Österreich. Wir möchten dabei natürlich gerne helfen.

Wir möchten aber der Ukraine auch nahebringen, dass in einem zentral organisierten, staatlich gesteuerten, Feuerwehrwesen der Aufbau eines Systems der Freiwilligen Feuerwehren schwierig werden dürfte. Deshalb muss man sich dort auch über Verbandsarbeit Gedanken machen. Man muss den freiwillig organisierten Wehren die Möglichkeit geben, sich verbandlich zu organisieren. Das bedeutet aber auch, dass man sich aus dem Befehlsstrang der staatlichen Aufsicht verabschiedet. Zur Erinnerung: Das DSNS gehört in der Ukraine zum Militär. Entsprechend wird dort auch militärisch gearbeitet. Was General Kruk sagt, gilt von oben bis nach ganz unten. Wenn in der Ukraine in Friedenszeiten ein Freiwilligenwesen aufgebaut werden soll, muss man den Freiwilligen allerdings auch Freiraum geben. Dabei wollen wir unterstützen.

Wie die politisch-strategische Lage vor Ort in der Ukraine ist, erfahren Sie in unserem [Defence Day: Ukraine](#) in dem ukrainische Parlamentarier zu Wort kommen.

"Besonders betroffen gemacht hat mich aber eine metallene Kinderrutsche, die von einer Maschinengewehrsalve einmal durchsiebt worden war."

land, was Feuerwehr- und Zivilschutz-equipment angeht. Aber auch unser Besuch, der sehr publik gemacht wurde, war ein Motivationsschub für die dortigen Kräfte. Das wurde mehrmals betont. Besonders perfide war – und das ist passiert, als wir da waren – dass Einsatzkräfte bei Rettungsarbeiten mit einem sog. Zweitschlag getötet wurden. Aber auch, dass Rettungswagen oder Feuerwehrfahrzeuge von der russischen Armee ins Visier genommen werden.

Behörden Spiegel: Haben Sie einen Überblick, was schon alles geliefert wurde?

Banse: Wir haben über unseren Spendenaufruf bisher Material in Höhe von 700.000 Euro beschaffen können. Die Beschaffung

nach wie vor. Was neu hinzugekommen ist, ist die Robotik. Grund dafür ist die schon angesprochene Zweitschlag-Taktik der russischen Armee. Deshalb wurde die Bitte an uns herangetragen, ob nicht noch mehr Roboter beschafft werden könnten. Diese würden enorm helfen und die Einsatzkräfte schützen. Das ist natürlich schwierig, da selbst in Deutschland nur eine Handvoll von Feuerwehren über Roboter verfügt. Gebrauchte Roboter gibt es deshalb schon gar nicht.

Deswegen tragen wir diesen Wunsch an die Länder und vor allem an den Bund weiter. Denn die Beschaffung von Feuerwehrrobotern für den ukrainischen Katastrophenschutz und die ukrainischen Feuerwehren wäre eine wirksame humanitäre

Im Blickpunkt: Die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung

(BS/Wolfgang Duvenek*) Nach der Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen vor zwei Jahren haben sich die Forderungen überwiegend auf bessere technische Lösungen konzentriert. „Doch Sirensensysteme, Warn-Apps oder Cell-Broadcasting sind nicht die alleinige Lösung der vorhandenen Probleme“, sagt der Vorsitzende des gemeinsamen Ausschusses Brandschutzerziehung und -aufklärung des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb), Frieder Kircher. Wenig diskutiert worden sei die Frage, ob breite Kreise der Bevölkerung wissen, wie man sich bei drohenden Katastrophen richtig verhält und wie man sich sachgerecht darauf vorbereitet. Breiten Raum wird das Thema Selbsthilfe der Bevölkerung auf der 69. vfdb-Jahresfachtagung vom 15. bis 17. Mai in Münster einnehmen. Das Motto: „Können wir uns auch selbst helfen?“

Im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) haben vfdb und DFV die Initiative für einen Beitrag zur Verbesserung in der Aufklärung der Bevölkerung übernommen. Wie das in Zukunft aussehen könnte, wird Frieder Kircher in einem Referat darstellen. Insgesamt stehen während der dreitägigen Fachtagung rund 50 weitere Vorträge auf dem Programm. „Wir möchten mit der Veranstaltung den Dialog zwischen Forschung und Entwicklung, Herstellern und Anwendern maßgeblich unterstützen und damit wichtige Impulse für künftige Entwicklungen geben“, sagt die Vorsitzende des Technisch-Wissenschaftlichen Beirats (TWB) der vfdb, Dr. Anja Hofmann-Böllinghaus. Der TWB ist für die inhaltliche Gestaltung des Programms verantwortlich. „In den vergangenen Jahren ist immer deutlicher geworden, dass Katastrophenschutz sowie Zivil- und Bevölkerungsschutz in der politischen Debatte endlich höchste Priorität erhalten müssen. Unsere Jahresfachtagung soll auch diesmal wieder zahlreiche Anstöße geben.“

Größeren Anteil am Vortragsprogramm wird in diesem Jahr auch das Thema „Rettungsdienst“ einnehmen. Hintergrund ist



Die diesjährige vfdb-Jahrestagung findet in Münster statt.

Foto: BS/vfdb

die bundesweit immer stärkere Belastung der Rettungsdienste, die mit komplexen Herausforderungen befasst sind. Zudem besteht der praktische Bedarf, die Schnittstellen zum Rettungsdienst – zum Beispiel örtliche Arztpraxen, die Leitstelle und die Krankenhäuser – mit ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten besser in der rettungsdienstlichen Planung zu berücksichtigen. Dr. Kathrin Schaller vom Rettungsdienst der Stadt Dortmund wird am Beispiel ihrer Stadt zeigen, mit welchen praktischen Herausforderungen der Träger des Rettungsdienstes in den alltäglichen Planungsaufgaben konfrontiert ist. Dazu stellt sie das innovative Konzept einer Gesundheitsleitstelle vor, das praktische Lösungsansätze zur Integration der unterschiedlichen Akteure in der medizinischen Gefahrenabwehr bietet.

Bernd Schnäbelin vom Ministerium für

Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen gibt ferner einen Überblick über die aktuellen Reformnotwendigkeiten des Rettungsdienstgesetzes und dessen Zukunft. Erste Analysen für die strukturellen Ursachen der wachsenden Inanspruchnahme des Rettungsdienstes zeigen nach seinen Worten, dass sich die Steigerung der Einsatzraten nicht durch gesteigerte akut lebensbedrohliche Notfälleinsätze wie Herzinfarkte oder Schlaganfälle generiert.

Während des Kongresses wird eine Fachausstellung zahlreicher Firmen und Institutionen aus unterschiedlichen technischen Bereichen eine Übersicht über neueste Entwicklungen und Dienstleistungen im Bereich der Gefahrenabwehr geben. Abgerundet wird die Fachtagung durch verschiedene Abendveranstaltungen.

Nicht nur die Kongressteilnehmer erwartet während der drei Veranstaltungstage ein reichhaltiges Programm: Für alle Interessierten kostenlos zugänglich finden auf dem Gelände der Halle Münsterland die Interschutz Community-Days statt. Ein Highlight versprechen dabei der FireFit Championships Parcours sowie die TAYF (Train as you fight)-Days zu werden. Hier werden die schnellsten und kräftigsten Feuerwehrleute einen Eindruck ihres Könnens vermitteln.

Das Programm der vfdb-Jahrestagung finden Sie [hier](#).

*Wolfgang Duvenek ist Pressesprecher der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V. (vfdb).

Jeden Dienstag neu
Behördenwissen zum Reinhören

- Aktuelles zum Öffentlichen Dienst
- Interviews mit Studiogästen
- Kommentar zur Lage des Öffentlichen Dienstes
- Relevante und fundierte Hintergrundanalysen

behoerden-spiegel.de/podcast

PUBLIC SECTOR INSIDER

Der Podcast des
Behörden Spiegel

Berliner Feuerwehr: Verdacht auf rassistische Beleidigung

(BS) Es ist wohl zu einem rassistischen Vorfall innerhalb der Berliner Feuerwehr gekommen. Diesem Verdacht geht die Behördenleitung nach. Konkret wird einem Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr vorgeworfen, andere Feuerwehrangehörige rassistisch beleidigt zu haben. Der Berliner Landesbranddirektor, Dr. Karsten Homrighausen, spricht von einer Bewährungsprobe für bisher getroffenen Maßnahmen.

Dem Extremismusbeauftragten der Berliner Feuerwehr wurden mehrere Vorfälle gemeldet, bei denen sich der Angehörige diskriminierend verhalten haben soll. Dieser sei schon in der Vergangenheit durch herabsetzende Aussagen in den sozialen Medien aufgefallen. Der Extremis-

musbeauftragte habe mit der Person „ein Gespräch über die Werte und die Haltung der Berliner Feuerwehr sowie ihr Ansehen in und ihre Pflichten gegenüber der Öffentlichkeit“ geführt.

Beschuldigter verlässt Feuerwehr

Mitte Februar ordnete die Berliner Feuerwehr nach dem aktuellen Vorfall dem Beschuldigten das einstweilige Ruhen seiner Rechte und Pflichten als Angehörigem der Freiwilligen Feuerwehr an. Zudem erhielt er ein Zutrittsverbot für die Gebäude der Berliner Feuerwehr. Ebenso erstattete die Behörde Strafanzeige und stellte einen Strafantrag. Dies zog polizeiliche Ermittlungen nach sich. Nach diesen Maßnahmen trat der Beschuldigte aus der Feuerwehr

aus. „Zusammenhalt über alle Unterschiede hinweg ist unsere Stärke in der Berliner Feuerwehr und in unserer Gesellschaft. Dass so etwas dennoch in unserer Feuerwehrgemeinschaft passieren kann, ist unsäglich und beschämend. Es ist gut, dass die Mechanismen unserer Begegnungsansätze schnell gegriffen haben. Dieser Fall ist auch eine Bewährungsprobe für unsere bisher getroffenen Maßnahmen. Den behördlichen Sanktionen ist der Beschuldigte aufgrund seines Austritts jedoch zuvorgekommen“, so Homrighausen. „Der Umgang mit dem Fall durch die Zeuginnen und Zeugen und die dann weiteren Beteiligten zeigt deutlich, wo wir als Berliner Feuerwehr stehen: Geschlossen Schulter an Schulter gegen Diskriminierung.“

JUH stärkt Bremer Rettungsdienst



Arbeiten jetzt im Bremer Rettungsdienst zusammen: (v. l. n. r.) Innensenator Ulrich Mäurer (SPD), Rettungswachenleiter Philipp Himmelspace, Marlon Konertz (Feuerwehr) und Dienststellenleiter Florian Hensel von der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) Bremen

Foto: BS/Innenressort

(BS) Die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) stärkt ab sofort den Rettungsdienst in der Hansestadt Bremen. Damit sind neben der Berufsfeuerwehr Bremen alle vier großen Hilfsorganisationen in der Hansestadt tätig. Mit der zusätzlichen Beteiligung durch die Johanniter erhofft man sich, die Strukturen des Rettungsdienstes zu stärken, um den steigenden Einsatzzahlen Herr zu werden.

Die JUH wird den Rettungsdienst um einen weiteren Rettungswagen sowie einen zusätzlichen Notfalltransportwagen erwei-

tern. Bisher sind je nach Tageszeit bis zu 29 Rettungswagen, vier Notfalltransportwagen, zwei HanseSani (eine Art Gemeindenotfallsanitäter), fünf Notarzteinsetzfahrzeuge und ein Intensivtransportwagen unterwegs. „Über unseren neuen Partner freue ich mich sehr. Diese Vielfalt fördert insbesondere bei Krisen die Widerstandsfähigkeit. Damit gelingt uns ein weiterer Schritt in die Stärkung des Rettungsdienstes“, erklärte Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD).

eRTW in Berlin

(BS) Nach der Berufsfeuerwehr Hannover (wir berichteten) ist nun auch bei der Berliner Feuerwehr ein vollelektrischer Rettungswagen (eRTW) unterwegs. Der eRTW wird für einen Zeitraum von sechs Monaten auf den Feuerwehrrachen Suarez, Schöneberg und auf der Lehrrettungswache in Mitte getestet. Laut der Berliner Feuerwehr könne die Übergabezeit zwischen den Einsätzen dank der Hochvoltkomponenten im Aufbau des eRTW optimal für eine schnelle Ladung genutzt werden.

„Damit zeigen wir den Bürgerinnen und Bürgern, dass schnelle Hilfe und Klimaschutz gemeinsam möglich sind“, erklärte dazu Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen.



Nach Hannover nun auch Berlin: ein eRTW im Einsatz.

Foto: BS/Berliner Feuerwehr.

Psychosoziale Notversorgung BaWü mit Fahrzeugen ausgestattet

(BS) Der Landtag von Baden-Württemberg hat im Staatshaushaltsplan 2022 Mittel in Höhe von 350.000 Euro bewilligt, um die Psychosoziale Notfallversorgung zu stärken und auszubauen. Mit diesen Mitteln beschaffte das Innenministerium vier überregional einsetzbare Fahrzeuge.

Die Einsatzfahrzeuge sind spezifisch für psychosoziale Notfälle ausgestattet. Folgerichtig verfügen sie unter anderem über Notfallrucksäcke. In den Rucksäcken finden sich neben einem Erste-Hilfe-Set auch Mineralwasser und Getränkepulver sowie kindgerechte Spielsachen. Des Weiteren sind in den Fahrzeugen spezielle Decken und Sitzunterlagen vorhanden.

Bei den Fahrzeugen handelt es sich um Mannschaftstransportwagen. Die Fahrzeuge des Typs Mercedes-Benz Sprinter bieten Platz für acht Personen. In ihnen findet sich alles, was für die Bewältigung psychoso-

zialer Notfälle notwendig ist. Im Einsatz sind die Fahrzeuge mit der Aufschrift Psychosoziale Notfallversorgung erkennbar. Werden die Fahrzeuge nicht für den Einsatz in der Psychosozialen Notfallversorgung benötigt, wird die Aufschrift entfernt. Auf diese Weise stehen die Fahrzeuge im Alltagseinsatz Hilfsorganisationen zur Verfügung.

Die vier Fahrzeuge kommen den Regierungsbezirken Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen zugute.

Die Landeszentralstelle Psychosoziale Notfallversorgung ist an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal eingerichtet und dem Innenministerium organisatorisch unterstellt. In der Psychosozialen Notfallversorgung wirken die im Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisationen, die Kirchen sowie die Gemeindefeuerwehren mit.

„Die Psychosoziale Notfallversorgung unterstützt Menschen in Notsituationen und

ist begleitend da, um ihnen zurück in den Alltag zu helfen, das Erlebte zu verarbeiten und mit den psychischen Auswirkungen umzugehen“, so der Staatssekretär im Innenministerium Wilfried Klenk (CDU).



Staatssekretär Wilfried Klenk (CDU) (zweiter von links) übergibt die Einsatzfahrzeuge an mitwirkende Hilfsorganisationen.

Foto: BS/H.P.Safranek

ProPress

Verlagsgesellschaft mbH

Die ProPress Verlagsgesellschaft mbH ist ein Medienunternehmen für den Öffentlichen Sektor. Sie gibt den Behörden Spiegel, die auflagenstärkste unabhängige Zeitung für den Öffentlichen Dienst in Deutschland heraus (103.000 Exemplare, IVW-geprüft). Die Behörden Spiegel-Gruppe veröffentlicht neben der seit 38 Jahren monatlich erscheinenden Zeitung zahlreiche Publikationen für den Bereich der öffentlichen Verwaltung, vier digitale Newsletter und vier Podcasts. Parallel richtet der Verlag eine Vielzahl analoger und digitaler Kongresse mit internationaler Beteiligung sowie analoge Tagesveranstaltungen und Webkonferenzen aus. Dazu zählt der Europäische Polizeikongress, der Digitale Staat, die Berliner Sicherheitskonferenz und zahlreiche Digitalisierungskongresse auf Länderebene sowie kleinere Ein-Tagesveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet. Mit dem Digitalen Staat Online hat der Verlag während der Corona-Pandemie das zentrale Medium zum Meinungsaustausch im Öffentlichen Dienst mit annähernd 400.000 Nutzern geschaffen. Mit hunderten Seminaren und Webinaren gehört die Behörden Spiegel-Gruppe zudem zu den großen Weiterbildungsanbietern für den Öffentlichen Dienst.

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt für unseren Standort Bonn eine/n

Kongressmanager, (m/w/d) Innere Sicherheit

IHRE AUFGABEN:

- Organisation von regionalen, nationalen und internationalen Kongressmessen (real/digital/hybrid) mit mehreren Tausend Teilnehmenden
- Gewinnung von Referenten für die Kongressmessen
- Kommunikation mit Referenten, Ausstellern, Sicherheitsbehörden und Hallenbetreibern
- Inhaltliche Vorbereitung von Programmheften
- Interne Abstimmungen mit Redaktion, Vertrieb und Grafik/Layout

WIR BIETEN:

- Optionen zur persönlichen Entfaltung und kollaborativen Zusammenarbeit
- Die Möglichkeit zur Weiterbildung
- Eine gute und kollegiale Arbeitsatmosphäre in einem netten dynamischen Team
- Ein abwechslungsreiches Aufgabenspektrum
- Kurze Entscheidungswege und eine flache Abteilungshierarchie

- Eine wichtige Schnittstellenfunktion innerhalb der gesamten Unternehmensgruppe und Sichtbarkeit in der jeweiligen Kongressbranche

IHR PROFIL:

- Abgeschlossene kaufmännische Berufsausbildung oder vergleichbarer Abschluss
- Sehr gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift sowie gute Englischkenntnisse
- Sie haben eine Affinität für Themen rund um den Öffentlichen Dienst, die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik
- Idealerweise Vorkenntnisse im Themenfeld Innere Sicherheit
- Strukturierte, selbstständige und lösungsorientierte Arbeitsweise
- Erfahrung im Projektmanagement und besitzen Organisationsgeschick
- Hohe Belastbarkeit und Reisefreudigkeit
- Sicherer Umgang mit MS Office, insbesondere Excel und Teams

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann senden Sie uns ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen inkl. Startbeginn an Bewerbung mit Lebenslauf und Zeugnissen bitte an:

bewerbung@behoerendenspiegel.de
ProPress Verlag GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 57
53113 Bonn

Jetzt bewerben!

Kooperation zwischen MAN und MHD

(BS) Der Fahrzeughersteller MAN und der Malteser Hilfsdienst (MHD) planen in Zukunft enger zusammenzuarbeiten. Insbesondere bei Großschadenslagen und Katastrophen wollen die Partner ihre Logistikketten verbessern. Auf diese Weise soll es gelingen, schneller Hilfe zu leisten.

Gerade um Großschadenslagen und Katastrophen zu bewältigen, sei enge und gute Zusammenarbeit entscheidend. Professionsübergreifende Zusammenschlüsse wie das Netzwerk „Hilfeleistungssystem Bayern“ seien auf unternehmerisches und bürgerliches Engagement angewiesen. Das Netzwerk umfasst freiwillige Hilfsorgani-

sationen, Feuerwehren, das Technische Hilfswerks (THW), die bayerische Polizei, Bundespolizei, Bundeswehr und die Katastrophenschutzbehörden. „Gute Ideen und Kooperationen, so wie sie MAN und die Malteser Bayern vereinbart haben“, seien ein Beispiel für unternehmerisches Engagement im Katastrophenschutz. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) begrüßte die Kooperation „Gemeinsam stark für Bayern“ von MAN und dem Malteser Hilfsdienst. Im Bedarfsfall können künftig schnell und unbürokratisch zusätzliche Kapazitäten wie Nutzfahrzeuge für den Transport von Hilfsgütern bereitgestellt werden, so Herrmann.



Der Malteser Hilfsdienst (MHD) und MAN Truck & Bus vereinbaren, bei Katastrophenlagen enger zusammenzuarbeiten.

Foto: BS/Matthias Balk

25 Prozent mehr Funde

(BS) Die Funde haben es auch noch bald 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in sich. Nach den Zahlen des Kampfmittelbeseitigungsdienstes Sachsen (KMBD) für das vergangene Jahr sind die Funde von Kampfmitteln in dem Bundesland gestiegen. Das Fundaufkommen von Artilleriemunition und Nahkampfmitteln stieg um 25 Prozent. Die Menge der Waffen und Sprengstoffe verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr sogar.

Insgesamt fand der Dienst in Sachsen über 150 Tonnen Kampfmittel in 2022. Davon waren circa 130 Tonnen Artilleriemunition und rund 20 Tonnen Nahkampfmittel. Der KMBD absolvierte 664 Einsätze. Im Jahr 2022 konnten 16 Bomben von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des KMBD entschärft werden. Bei 31 Funden mussten direkt am Fundort Sprengungen vorgenommen werden.

Neben der Entschärfung, dem Abtransport oder der Sprengung von Kampfmitteln prüften die Expertinnen und Experten des KMBD 236 Grundstücke auf eine Kampfmittelbelastung.

DIGITALER STAAT

EXPERTISE.

APRIL

Maximale Sichtbarkeit, Optimierung des Security Stacks und Abwehr von Zero-Day Angriffen

Donnerstag, 13. April 2023, 10:30 – 12:00 Uhr



Ingmar Schraub
Enterprise Solutions Architect Public Sector, Infoblox



Markus Eickhoff
Enterprise Account Manager Public Sector, Infoblox

Agil, flexibel... sicher?

Wie Behörden ihre IT-Infrastruktur cybersicher transformieren

Freitag, 14. April 2023, 10:30 – 12:00 Uhr



Steffen Ullrich
IT-Sicherheitsexperte, genua GmbH



Carsten Arzig,
Pentester und Ethical Hacker, genua GmbH



Daniel Herzinger
Presales Consultant, genua

Erhöhte Bedrohungslage fordert ganzheitliche Konzepte Zero Trust mit passenden Lösungen

Dienstag, 18. April 2023, 10:30 – 12:00 Uhr



Bernd Nüßlein
Director Key Account Management, NCP



Stephanie Döhler
Product Manager, NCP

www.digitaler-staat.online



SEMINAR

Krisenprävention und Krisenkommunikation

Der Tag X: Vorbereitung auf den Ernstfall

25. und 26. April 2023, Berlin

Sie kommen plötzlich und unerwartet: Das liegt in der Natur von Krisen. Stromausfall, Terroranschlag, Unfall mit Todesfolge, Verursachung von Umweltschäden, Datendiebstahl, Cyberangriffe, persönliche Fehlleistung von Führungskräften – alles Ereignisse, die sich schnell zu einer veritablen Medien- und Vertrauenskrise entwickeln können – wenn nicht richtig und entschlossen reagiert wird! In dem Seminar werden die notwendigen Schritte zum Aufbau eines funktionierenden Krisenmanagementsystems in aufeinander abgestimmten Modulen vorgestellt und geübt.

Ihr Referent:

Jorge Klapproth, Krisenmanagement- und Kommunikationsberater, Medientrainer und Coach für öffentliche Einrichtungen

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.fuehrungskraefte-forum.de; Suchwort „Krisenprävention“

Behörden Spiegel

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel "Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". und verantwortlich i.S.d.P.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Benjamin Hilbricht, Marco Feldmann, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ghazaleh Hesami, Matthias Lorenz, Sven Rudolf, Paul Schubert, Marlies Voßbrecker. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Scarlett Lüsser. Redaktionsassistent: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin), Nina Parisi (Bonn); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerden Spiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.